



Schweizerisches

Sozialarchiv

Sachdokumentation

Signatur: KS 335/41b-16_16

www.sachdokumentation.ch

Nutzungsbestimmungen

Dieses Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv bereitgestellt. Es kann in der angebotenen Form für den **Eigengebrauch** reproduziert und genutzt werden (Verwendung im privaten, persönlichen Kreis bzw. im schulischen Bereich, inkl. Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der Nutzer, die Nutzerin selber verantwortlich.

Für Veröffentlichungen von Reproduktionen zu kommerziellen Zwecken wird eine **Veröffentlichungsgebühr** von CHF 300.– pro Einheit erhoben.

Jede Verwendung eines Bildes muss mit einem **Quellennachweis** versehen sein, in der folgenden Form:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Signatur KS 335/41b-16_16

© Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstr. 12, CH-8001 Zürich
<http://www.sozialarchiv.ch>

erstellt: 15.05.2014

God's own country - die Nation, die seit Jahrzehnten das Weltgeschehen selbstherrlich zu dirigieren sich anmasst, manchmal mit erhobenem Zeigefinger autoritär "ermahnt", d.h. massiven diplomatischen Druck ausübt, öfter aber mit skrupellos am Abzughahn gekrümmtem Finger den Selbstbestimmungsanspruch des internationalen Kapitals durchzusetzen versucht; dieses Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten, diese Vereinigten Staaten von Nordamerika erleben wieder einmal das Trauma der Uneinigkeit, das Aufbrechen der Widersprüche zwischen Regierung und Volk, zwischen dem Kartell aus Macht und Geld auf der einen Seite und der volonté de tous auf der anderen. Am 14. und 15. November demonstrierten abermals - wie schon vor einem Monat - Hunderttausende von Amerikanern ihren politischen Willen, den von ihren Beherrschern betriebenen Kolonialkrieg in Vietnam sofort abubrechen. Präsident Nixon und seinem 'patriotischen' Parlament wurde in Mammut-Märschen durch Washington und San Francisco ein "Plebiszit mit den Füßen" präsentiert, den Ausrottungskrieg gegen die Vietnamesen bedingungslos einzustellen.

Seit Jahren wird gegen radikale Bewegungen (Fraktionen des amerikanischen SDS = "Students for a Democratic Society" und die "Black Panther Party") mit schonungsloser Härte vorgegangen. Die Einsicht, dass der vietnamesische Krieg sich als ein für die USA immer irr sinnigeres Unternehmen erwies, das untere Schichten (v.a. Farbige), aus denen die Armee ihr Kanonenfutter rekrutiert und Intellektuelle direkt betraf, die gezwungen werden, ihre Arbeitskraft an eine perverse Kriegsindustrie zu verkaufen; diese Einsicht führte zu deren offenem Protest gegen das US-Engagement in Vietnam.

Was noch vor vier Jahren, als der amerikanische SDS den ersten nationalen Anti-Vietnamkriegsmarsch auf Washington in Gang brachte, vom Establishment schlichtweg als "Vaterlandsverrat" diffamiert wurde, das wird heute notgedrungen von Kongressdelegierten - wenn auch nur unter der Etikette "moralisches Erwachen" - ernst genommen. Die gewieftesten parlamentarischen Dauerabonnenten von "Demokratie & Freiheit" und vormaligen Kriegsmacher versuchen ungenierlich, die Kriegsgegnerschaft als modisches Make-up ihrem Image anzuverleiben (z.B. Lindsay, McCarthy, Goodell, E. Kennedy, von denen sich keiner über blasse rhetorische Spiegelfechtereie zum einzigen vernünftigen Ausweg durchringen konnte, nämlich einem sofortigen, bedingungslosen Truppenabzug). Zugleich leisten sie einen systemerhaltenden Dienst dadurch, dass sie versuchen, den innenpolitischen Konflikt von seinen ideologischen, nämlich kapitalistisch-antidemokratischen Wurzeln zu trennen, ihn in die bewährten, harmlosen Kanäle à la Bürgerrechtsbewegung umzulenken und aus der griffigen Realität das Abstraktum "Manifestation für den Frieden" zu destillieren, damit nicht etwa "the mood of protest" für die innenpolitischen sozialen Spannungen einen "gefährlichen Präzedenzfall" (P. Kemble) schafft.

Man versucht, den System-Feind innerhalb der Antikriegsbewegung zu isolieren, indem man ihn, wie es Vice-Präsident Agnew tut, als "eine Bande verblendeter Jugendlicher, die sich einbilden, Intellektuelle zu sein und in Wirklichkeit professionelle Anarchisten und schamlose Abtrünnige der Nation" bezeichnet. Diese Diffamierungen geben den sprachlichen Rahmen ab für eine akute Repressionsdrohung: "Zehntausende von Truppen und Nationalgarden wurden nach Washington geworfen, die einzelnen Ministerien ähnelten Festungen. Flugplätze wurden zu Truppenlagern" (Die Tat, 17. Nov. 69). "Aber der Eindruck, die Stadt befinde sich im Belagerungszustand, wird vermieden" (NZZ, 15. Nov. 69).

Dem Establishment droht im Schraubstock Vietnam-Rassenproblem (die anti-imperialistische Massenbewegung hat eine klassenkämpferische Komponente) der Atem auszugehen. Gleichzeitig läuft die offizielle Propaganda auf Hochtouren gegen die Kriegsmüdigkeit. Unfähig, weite Unterstützung für den Krieg zu gewinnen, versu-

chen die Nixon, McCarthy, Kennedy etc. - denn darin sind sie sich einig -, die ausserparlamentarische Opposition zu zersplittern. Nach dem auch hierzulande altbekannten Mittel beruft sich die regierende Minorität gegen die "Miesmacher" (Nixon) auf die "schweigende Mehrheit". Wie zahlenstark diese ist, zeigt eine Louis-Harris-Umfrage vom September, nach der nur 35% der Amerikaner Nixon's Vietnampolitik billigen, die nur mühsam verbergen kann, dass sie nach einem Hauch von Sieg und Ehrenrettung sucht.

Lückenlos fügt sich der administrative Vorwand, um "öffentliche Sicherheit" besorgt zu sein, an die Rolle, die das amerikanische Militär als "Internationale Mobile Polizei" des Big Business zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ruhe und Ordnung auf den grossen, weiten Weltmärkten spielt. "Nachdem die Regierung Nixon anfänglich versucht hatte, dem November-'Moratorium' mit strengen Ordnungsmassnahmen, dem Verbot von Marschrouten usw., entgegenzutreten, hat sie nun den vielleicht klügeren Weg der Duldung im Rahmen der öffentlichen Sicherheit gewählt." (NZZ, 15. Nov.).

Die hohen Militärs ihrerseits beschränken sich auf reine Manöverkritik. Unfähig, die politische oder auch nur humanitäre Seite des Problems zu erkennen, verharren sie in militärischer Fachidiotie; für sie ist Vietnam lediglich ein Experimentierfeld für Waffen und Strategie.

Die Anti-Vietnamkriegskampagne wird vor allem von Studenten und jungen Arbeitern getragen; an den Universitäten wurde der Vorlesungstreik ausgerufen, und an einigen Universitäten (z.B. Columbia-University) verabschiedete der Senat einen Aufruf für sofortige, bedingungslose Beendigung des Vietnamkriegs.

* * *

Frühere F S Z - Aktionen (Vietnam, Spanien, Persien) an den Hochschulen Zürichs haben den politischen Protest der Intellektuellen gegen die dortigen Verbrechen zum Ausdruck gebracht. Dies war nicht nur ein Beitrag zur Unterstützung dieser ausgebeuteten Völker, sondern auch ein Schritt auf dem Weg der eigenen Emanzipation der Intellektuellen.

D i e n s t a g, 18. November 1969

20⁰⁰h

Untere Mensa der Universität

O E F F E N T L I C H E F S Z - V O L L V E R S A M M L U N G

- Vietnamkampagne
- aktive Solidarität

(Vietnamflugblatt II, fsz-Eigendruck)